

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Noffen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 86.

Freitag, den 28. Oktober

1887.

Tagegeschichte.

Ueber die Lage unserer inneren Politik wird dem liberalen Berliner „Kleinen Journal“ von einem Parlamentarier, der mit Regierungskreisen Fühlung hat, folgendes mitgeteilt: „Es ist ein namentlich in den Kreisen deutschfreisinniger Politiker weitverbreiteter Irrthum, daß Fürst Bismarck sich mit weitgehenden reaktionären Plänen trage, mit einer Korrektur des geltenden Wahlrechts oder gar einer Beseitigung desselben, mit einer Revision des Pressegesetzes, des Strafrechts und dergleichen mehr. Es ist ja richtig, daß der Reichskanzler mit Hilfe der gegenwärtigen Mehrheit Alles erreichen könnte, was er in diesem Sinne beabsichtigt. Und es ist nicht weniger wahr, daß ein großer Theil dieser Mehrheit, insbesondere die Agrarier, welche die künftigen Wahlen fürchten, den Reichskanzler auf den Weg der reaktionären Revision der Verfassung und der Gesetze weiter drängen möchten, um auf diese Weise ihre Herrschaft im Staate dauernd sichern zu können. Aber ebenso sicher ist, daß der Reichskanzler, der durchaus Realpolitiker ist und selbst seinen eigenen persönlichen Neigungen Gewalt anthut, wenn er erkennt, daß dies für das Wohl des Staates und des von ihm geschaffenen Reiches nothwendig ist, sich niemals zum Werkzeug reaktionärer Pläne hergeben wird, welche den Bestand des Reiches erschüttern können. Der Reichskanzler wünscht die Verlängerung der Legislaturperiode, um eine Korrektur für das allgemeine Wahlrecht zu erlangen und die Macht der Krone zu stärken, aber er hat längst eingesehen, daß schon die von ihm früher angestrebte zweijährige Staatsperiode weder im Reiche noch im preussischen Staate durchzuführen ist und dem Interesse der Regierung durchaus widerspricht. Und er hat weiter eingesehen, daß das einmal den arbeitenden Klassen verliehene Geschenk des allgemeinen Wahlrechts nicht wieder genommen oder auch nur illusorisch gemacht werden dürfte, ohne Gefahren ernstester Art heraus zu beschwören. Er wird auch der Begehrlichkeit der Agrarier Schranken setzen, wenn er auch soweit denselben Konzessionen zu machen geneigt ist, als nach seiner Ansicht das Reich und die Einzelstaaten größerer Einnahmen zur Erreichung seiner sozialpolitischen Pläne bedürfen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß der Reichskanzler, eben weil er in besonders hervorragendem Sinne Realpolitiker ist, auch im Hinblick auf über kurz oder lang eintretende Eventualitäten bereits Vorkehrungen getroffen hat, die einen etwaigen Systemwechsel nicht allzuschroff erscheinen lassen werden und daß es sehr wahrscheinlich ist, daß er in dieser Beziehung sich sogar ganz bestimmt und fest engagiert hat. Der Umstand, daß der Hauptträger der Parteipolitik der Rechten, Minister von Puttkammer, im Amte bleibt, ist nicht dazu angethan, einen Widerspruch der vorstehenden Mittheilungen mit manchen Maßregeln des gegenwärtigen Systems, welche die öffentliche Meinung in Aufregung versetzen, hervortreten zu lassen. Alle Gerüchte über Ministerveränderungen sind gegenwärtig und auf absehbare Zeit hin unbegründet. Selbst dem Fürsten Reichskanzler würde es gegenwärtig nicht leicht und vielleicht auch nicht einmal erwünscht sein, neue Persönlichkeiten in den Rath der Krone treten zu lassen.“

Der deutsche Kronprinz hat dem Statthalter Fürsten Hohenlohe für dessen Geburtstagswünsche folgende Antwort ertheilt: „Meinen besten Dank für die freundlichen Wünsche. Die Aerzte sind vollkommen mit meiner wenn auch langsam vorwärtsschreitenden Genesung zufrieden.“

Für den späteren Aufenthalt des Kronprinzen ist bereits die Villa Erico in San Remo für den Preis von 35,000 Franken gemiethet. Der Kronprinz hat angeordnet, daß fortan über sein Befinden amtliche Berichte in regelmäßigen Zwischenräumen veröffentlicht werden sollen.

Danab rüd. Zu dem Streit der Grubenarbeiter in dem nahegelegenen Wiesberger Kohlenbergwerk wird berichtet: Infolge der unter den Arbeitern herrschenden Aufregung erbat sich die Verwaltung von hier eine Kompanie Soldaten, die jetzt in den Arbeiterorten Patrouillendienst verrichten. Die Arbeiter verlangen außer dem Strafmaß eine Lohnerhöhung. Bisher wurden Ausschreitungen vermieden.

Der französische Botschafter Herbette hat, wie der „Köln. Ztg.“ aus Paris gemeldet wird, dem französischen Minister des Aeußeren, Florens, telegraphisch gemeldet, er habe nach seiner Rückkehr bei den deutschen Staatsmännern eine ebenso wohlwollende als sympathische Aufnahme gefunden und betrachte die internationalen Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern als für lange Zeit beseitigt. Graf Herbert Bismarck habe ihm versichert, Deutschland sei entschlossen, Alles zu thun, um die französische Empfindlichkeit zu schonen.

Wie man sich erinnert, lief vor einiger Zeit die Nachricht durch die Zeitungen, daß ein verstorbener reicher Franzose in seinem Testamente aus Daß gegen Frankreich den deutschen Kronprinzen zum Erben seines gesamten Besitzes eingesetzt habe. Die Nachricht klang so unwahrscheinlich, daß sie vielfach für erfunden gehalten wurde. Wie man nun der „Schles. Ztg.“ schreibt, ist dieselbe doch buchstäblich wahr. Das hinterlassene Vermögen beträgt mehrere Millionen Francs, und der Erblasser, welcher durch legend welche Erfahrungen den Geschmach an seinen Landsleuten verloren haben muß, hat wirklich aus Haß gegen Frankreich den deutschen Kronprinzen zum einzigen Erben eingesetzt. Der Kronprinz, an den die Sache mittlerweile gelangt ist, hat nunmehr seine Entscheidung getroffen und den Eintritt der Erbschaft abgelehnt, weil er das Motiv des Erblassers nicht billigt. — Die Erbschaften an den Kronprinzen wurden durch den französischen Botschafter des Auswärtigen Amtes vermittelt. Dieses ist dann

auch von dem Kronprinzen mit der Mittheilung seiner ablehnenden Entscheidung betraut worden. Der Erblasser Vallardin war durch verschiedene Gründe gegen sein Vaterland gereizt; er hatte namentlich wegen Verletzung eines seiner Inspektoren, mit dem er in Streit gerathen war, Gefängnisstrafe erhalten und das Testament im Gefängnis gemacht. Die höchst werthvolle Erbschaft, die zum Theil in großen Gutskomplexen in der Nähe von Paris besteht, sollte u. A. zur Errichtung einer Ackerbauschule für in Frankreich lebende Deutsche benutzt werden. Der Haß gegen das eigene Vaterland erschien dem Kronprinzen als etwas berart Verwerfliches, daß jedes Eingehen in die Angelegenheit von ihm abgelehnt wurde.

Aus Frankreich kommt jetzt völlig unerwartet eine Bestätigung der Nachrichten über die ernstlichen Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg gegen Deutschland, die im vorigen Winter getroffen worden sind. Das „Kriegsgespens“, daß im letzten Wahlkampf eine so große Rolle gespielt hat, ist also kein Gespenst, sondern, wie sich jetzt ergibt, Wahrheit gewesen, es war in der That „ein Krieg in Sicht“ und der Ausfall der Wahlen mag ein gut Theil dazu beigetragen haben, daß der Sommer friedlich vorüber gegangen ist. In einem Artikel der „Lanterne“, betitelt „An der Grenze“, dessen Verfasser General Boulanger ist und in dem zuerst das Konzentriungsprojekt, welches General Ferron vor zwei Jahren als Unterchef des Großen Generalstabes (Boulanger Cassarels) ausgearbeitet hatte, die schärfste Verurtheilung erfährt und sodann alle Maßregeln aufgeführt werden, welche der Minister Boulanger im Winter 1886 zu 1887 getroffen hatte, um nicht allein die Ostgrenze wirksam zu schützen, sondern auch jeden Augenblick „die Ergreifung der Offensive“ zu ermöglichen, heißt es: Um nur Eins zu erwähnen, rühmt sich General Boulanger, daß er schon damals den schleunigen Bau der Baracken angeordnet habe, um darin die „troupes permanentes de couverture“ unterzubringen, ehe noch das projectirte Gesetz votirt war, welches ihm diese neuen Truppen verschaffen sollte. Und da angesichts der drohenden Gefahr es nicht möglich war, die neue Truppenbildung abzuwarten, habe General Boulanger eine große Anzahl von Brigaden marschfertig machen lassen, welche dazu bestimmt waren, die avancirten Stellungen zu besetzen. Die Bereitschaft dieser Brigaden sei zur Zeit der Affaire Schnäbele so weit vorgerückt gewesen, daß sie 24 Stunden nach einem Telegramm ihre Positionen eingenommen haben würden, während ihr Kommandeur und dessen Generalstab bereits an Ort und Stelle waren. So wird, wie gesagt, Alles bestätigt, was die nationale deutsche Presse im Frühjahr über die Anordnungen und die den Frieden bedrohenden Pläne des Kriegsministers Boulanger behauptet hatte, und das soll hier ohne jeden weiteren Kommentar konstatiert werden.

Noch unter dem Eindrucke der Skandalaffaire Cassarels und des hieraus hervorgegangenen Zwischenfalles Ferron-Boulanger traten die französischen Kammern am Dienstag zu ihrer Winteression zusammen. Daß all' diese Vorfälle in den Kammerverhandlungen wiederklungen werden, kann kaum einem Zweifel unterliegen und gegen die Nothwendigkeit der Rechte wird das Ministerium jedenfalls einen schweren Kampf zu bestehen haben. Dabei zeigt sich auch die Budgetkommission den Herren Ferron und Rouvier nicht sonderlich freundlich gesinnt. Mit einem Wort, das Ministerium geht allem Anscheine nach ernstest parlamentarischen Stürmen entgegen.

General Cassarels ist nunmehr aus dem französischen Heere wie aus dem Orden der Ehrenlegion ausgestoßen worden und wird außerdem mit den Frauen Limousin und Natuzzi vor dem Pariser Zuchtpolizeigericht erscheinen.

Ueber die Erschießung eines Deutschen durch einen russischen Grenzsoldaten wird der „Pr. Z.“ geschrieben: Am 12. Oktober war das Vieh des preussischen Unterthanen Sedat aus Augspirren auf russisches Gebiet übergetreten. Sedat überschritt gleichfalls die Grenze, um sein Vieh zurückzuholen. Hieran wurde er jedoch von einem russischen Grenzsoldaten gehindert und erhielt von demselben zunächst einen Bajonettschlag in den Rücken und sodann durch einen Schuß eine Kugel in den rechten Oberschenkel, welche Verwundungen unmittelbar darauf den Tod des Sedat zur Folge hatten. Die Untersuchung des Thatbestandes durch das Gericht und die Staatsanwaltschaft, sowie die Sektion der Leiche hat bereits stattgefunden, und es soll als bestimmt feststehen, daß die That auf russischem Boden erfolgte.

Die Anwälte der zum Tode verurtheilten Anarchisten in Chicago haben Berufung bei dem obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten eingelegt und in der Berufungsschrift die Punkte angeführt, in denen Bundesfragen mitspielen. Das Gericht hat darauf die Anwälte aufgefordert, diejenigen Protokolle der Prozeßverhandlungen, in welchen die betreffenden Punkte vorkommen, sofort drucken zu lassen. Als Verteidiger vor dem Bundesgericht wird der General Benjamin Butler auftreten, dessen Gebühren zum großen Theile von den „Rittern der Arbeit“ bezahlt werden dürften.

Waterländisches.

Wilsdruff. Wie anzunehmen, waren 2 mit Zuchthaus bestrafte Individuen willens, eine Diebesreise von Meißen aus zu unternehmen und hatten bereits in der Nacht zum 25. d. in Röhrsdorf und Klipphausen 3 freche Einbrüche verübt. Es gelang dem thätigen Herrn Senbarm